



Startseite > Geschichte > Demokratie > Demokratie in Gefahr: »Wir sind zum Kampf herausgefordert«

Historikergespräch über den Schutz der Demokratie

S+ »Wir sind zum Kampf herausgefordert« – »Man sollte nicht auf die Rhetorik der Rechten einsteigen«

Der Aufstieg der AfD macht Angst, sagen die Historiker Andreas Wirsching und Christina Morina. Was die DDR damit zu tun hat, was an die Weimarer Republik erinnert – und warum es jetzt vor allem auf die CDU ankommt.

Ein Interview von **Susanne Beyer** und **Eva-Maria Schnurr**

04.02.2024, 14.18 Uhr

S+ Artikel zum Hören • 19 Min



Andreas Wirsching und Christina Morina Foto: Hannes Wiedemann / DER SPIEGEL

SPIEGEL+

Dieser Artikel gehört zum Angebot von SPIEGEL+. Sie können ihn auch ohne Abonnement lesen, weil er Ihnen geschenkt wurde.

Man müsste doch aus der Geschichte lernen, heißt es mit Blick auf den Aufstieg extremistischer Positionen derzeit oft. Was genau sich aber daraus ableiten lässt, dazu befragt man am besten Historikerinnen und Historiker. Und wenn es um den Schutz der Demokratie geht, bringt man am besten Forschende

zusammen, die das Thema auf unterschiedliche Weise untersucht haben und aus ihrer persönlichen Biografie unterschiedliche Erfahrungen mit einbringen.

Andreas Wirsching, 64, ist Professor für Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin. Er forscht viel zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus, 2015 erschien sein Buch »Demokratie und Globalisierung. Europa seit 1989«, 2018 war er Mitherausgeber des Bandes »Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie«.

Christina Morina, 48, ist Professorin für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld. Sie forscht vor allem zur politischen Ideengeschichte und zur politischen Kultur in Deutschland. 2023 erschien ihr Buch »Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren«. 2019 war sie Mitautorin des Bandes »Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus«.

SPIEGEL: Frau Morina, Herr Wirsching, Sie sind beide Zeithistoriker, sie gehören aber unterschiedlichen Generationen an. Sie, Frau Morina, sind in der **DDR** aufgewachsen, Sie Herr Wirsching, sind Westdeutscher. Machen Sie sich Sorgen um die Demokratie in Deutschland?

Wirsching: Ja, schon seit Längerem. Vielleicht ist das auch die Berufskrankheit eines Historikers, der sich viel mit der Weimarer Republik und deren Untergang beschäftigt hat. Aber in meinen Augen sind wir heute stärker zu einem Kampf für den Fortbestand der Demokratie herausgefordert als vielleicht je zuvor seit 1945.

Morina: Den Begriff Kampf würde ich vermeiden, weil man damit in die martialische Rhetorik der Rechten einsteigt, auf eine Wir-gegen-die-Logik, die einer liberalen Demokratie nicht angemessen ist. Ich halte unsere demokratische Ordnung und ihre Institutionen insgesamt für ziemlich widerstandsfähig. Ich Sorge mich mehr um die politische Kultur im Land. Die öffentlichen Diskussionen und die Politikverachtung haben eine Heftigkeit erreicht, die die demokratische Ordnung von innen heraus auszuhöhlen droht.

SPIEGEL: Im europäischen Vergleich ist die rechtspopulistische Bewegung in Deutschland spät entstanden – in Frankreich, Polen, Italien oder Ungarn ging es viel eher los, auch in den USA. Haben wir uns zu lange in Sicherheit gewiegt und geglaubt, wir seien gefeit vor antidemokratischen Tendenzen?

Wirsching: In der alten Bundesrepublik sah es so aus, als gebe es einen antinationalsozialistischen und auch antitotalitären

Grundkonsens – und dadurch schien es, man sei immun gegenüber Antidemokraten und Populismus. Natürlich existierten auch schon damals rechtsextreme Parteien wie die NPD oder die Republikaner, aber die konnten nie wirklich Fuß fassen. Jetzt aber scheint sich Deutschland einzufügen in eine internationale Welle antidemokratischer Tendenzen mit einer dauerhaften parteipolitischen Organisation. Und das macht mir persönlich Sorgen, denn das wird nicht so schnell wieder weggehen.

Morina: Diese Erzählung von einem Grundkonsens in der alten Bundesrepublik ist nicht ganz richtig. Sie ist willkommen, weil sie entlastet: Schließlich sind antidemokratische Strömungen derzeit überall auf der Welt auf dem Vormarsch. Aber es gab auch schon vor 1990 einflussreiche rechtspopulistische Strömungen, insbesondere in der CSU, aber auch in der CDU. Das zeigte sich in den Asyldebatten der Achtziger- und frühen Neunzigerjahre. Wenn man die Äußerungen von damals oder später die »Kinder statt Inder«-Kampagne des CDU-Politikers Jürgen Rüttgers nimmt, gibt es da keine großen Unterschiede zur AfD heute. Und was man auch gern vergisst: Es gibt kein anderes Land in Europa, in dem seit 1990 so viele Menschen aus rechtsextremistischen oder rassistischen Gründen ermordet wurden wie in Deutschland.



Wirsching: Der Unterschied zur AfD ist aber, dass die CDU/CSU keine antidemokratische, gegen das System gerichtete Strategie entwickelt hat. Doch in einem Punkt stimme ich Ihnen zu: Das Agieren der konservativen Parteien in den Diskussionen um Asylrecht und Migration kann man nur als Politikversagen bezeichnen. Einwanderung wurde, wenn es nicht um hochqualifizierte und wohlhabende westliche Menschen ging, aus ideologischen Gründen lange abgelehnt. Einwanderung und Multikulturalismus sind heute hoch ideologisiert, und dafür tragen die CDU und die CSU ein erhebliches Maß an Verantwortung. Somit hat die Verweigerung, sich diesem Thema rechtzeitig pragmatisch und lösungsorientiert zu widmen, zum Aufstieg der AfD mit beigetragen.

Morina: Ja, und ich würde das nicht nur der CDU/CSU anlasten. Das Problem steckt tiefer – und die aktuelle Diskussion um das Geheimgesetz in Potsdam, auf dem Pläne geschmiedet wurden, um Millionen von hier lebenden Menschen aus dem Land zu schaffen, könnte auch eine Chance sein, endlich genauer hinzuschauen: Welchen Volksbegriff haben wir eigentlich?

SPIEGEL: Im Grundgesetz ist vom »Deutschen Volk« die Rede – was das genau ist, wird aber nicht definiert.

Morina: Ich glaube, sehr, sehr viele Menschen hierzulande, auch solche der politischen Mitte, sehen das Volk bis heute im essentialistischen Sinne, als ethnische Gemeinschaft. Zu diskutieren, wie man das im Grundgesetz umrissene Staatsvolk abseits davon definieren kann, welche Rolle Kultur, Geschichte, Sprache spielen und wie Zugehörigkeit entsteht, ist dringend nötig, um dieses jahrhundertalte ethnische Selbstbild zu überwinden. Nur so geht Einwanderungsland.

Wirsching: Entschuldigen Sie bitte, aber ich glaube nicht, dass Diskussionen allein reichen. Wenn wir vom ethnischen Volksbegriff weg wollen, wenn wir uns als modernes Staatsvolk verstehen, in dem Pluralismus und Multikulturalismus mitgedacht werden, muss man das in pragmatische Politik übersetzen: In ein eindeutiges Einwanderungsgesetz, das die nach wie vor bestehenden hohen Hürden für eine legale Einwanderung aus dem Weg räumt.

Morina: Ja, aber unterschätzen Sie nicht die Notwendigkeit zu diskutieren! Ich fürchte, wir haben das eigentliche Problem noch gar nicht erkannt: Es gibt viele vereinzelte, aber kaum noch gemeinsame öffentliche Räume und Formate, in denen

übergreifende Themen sachgerecht verhandelt werden können – Parlamente allein reichen nicht. Da herauszukommen ist aber die Voraussetzung, um Demokratie leben zu können. Deshalb müssen wir solche Diskursräume wiederherstellen oder neu entwickeln. Man könnte etwa über öffentliche Bereiche im Internet nachdenken. Dass derzeit online geführte Debatten fast nur der Logik privatwirtschaftlich betriebener sozialer Medien und ihrer Algorithmen unterworfen sind, halte ich für hochproblematisch.



Historikerin Morina: »Man muss die Demokratieerfahrungen der Menschen in der ehemaligen DDR ernster nehmen« Foto: Hannes Wiedemann / DER SPIEGEL

SPIEGEL: »Wir sind das Volk« war der Ruf der friedlichen Revolution von 1989 in der DDR – in den Pegida-Demonstrationen wurde daraus eine Hassparole. Frau Morina, Sie wurden 1976 in Frankfurt (Oder) geboren, also in der DDR. Welche Rolle spielen die Folgen der Wiedervereinigung für den Aufstieg der AfD?

Wirsching: Darf ich hier kurz einhaken? Es stimmt, Frau Morina wurde in der DDR geboren, und ich bin meinen Lebensdaten nach ein typischer Westdeutscher: Ich kam 1959 in Heidelberg zur Welt. Aber ein Teil meiner Familie kam aus Ostpreußen, und ich hatte viele Verwandte in der DDR. Wir sollten unsere unterschiedlichen Herkünfte nicht zu sehr

stereotypisieren.

Morina: Ja, ich wiederum hatte Verwandte im Westen, zu denen wir viel Kontakt hatten, insofern war meine Familie in Teilen nach dem Westen ausgerichtet.

Wirsching: Was ich sagen will. Die Erfolge der AfD sind keinesfalls nur ein ostdeutsches Thema. Aber aufgrund der Geschichte spitzen sich dort einige Probleme zu: Die fehlende Gewöhnung an Pluralität und eine multikulturelle Gesellschaft. Das schwierige Verhältnis zum Staat, der vielen DDR-Bürgern ja immer suspekt war. Und nicht zuletzt die Vorstellung von einer direkten, plebiszitär legitimierten Demokratie, die 1989 den Untergang der DDR entscheidend geprägt hat. Mein Eindruck ist, dass sich das jetzt in pervertierte Version niederschlägt in der Vorstellung: Wir sind das Volk, und der Staat kann uns mal.

Morina: Der Wunsch nach direkter Demokratie ist ein wichtiger Aspekt. Um das zu verstehen, muss man die Demokratieerfahrung der Menschen in der ehemaligen DDR ernst nehmen, das Versprechen einer sogenannten sozialistischen Demokratie, das die SED ihnen gemacht hat.

Wirsching: Aber die DDR war ja keine Demokratie.

Morina: Richtig, das Demokratie-Versprechen, die Rede von der »wahren Volksvertretung« war Propaganda. Aber viele Menschen haben das dennoch wörtlich genommen und waren ständig damit befasst, wie man diese vermeintliche Demokratie verbessern kann. In der Revolution von 1989 sind viele dafür auch Wagnisse eingegangen. Im Mittelpunkt standen dabei immer Vorstellungen von Basisdemokratie.



»Wir-sind-das-Volk-Slogan« bei Montagsdemonstration in Leipzig im März 1990: »Bürgerbeteiligung als Gegengift zur Parteiendiktatur« Foto: Frank Kleefeldt / dpa

SPIEGEL: Also Volksbefragungen oder Volksabstimmungen?

Morina: Ja, auch, vor allem aber der Wunsch, direkt mitzuwirken und gehört zu werden, nicht von »denen da oben« beherrscht zu werden – Bürgerbeteiligung als Gegengift

zur Parteiendiktatur. Auch im Westen gab es basisdemokratische Reformideen, etwa bei den Grünen. Rund um die Einheit gab es hier wie dort nicht wenige Leute, die sich eine gesamtdeutsche Verfassung mit plebiszitären Elementen wünschten.

SPIEGEL: Im wiedervereinigten Deutschland blieb es aber beim Grundgesetz, nicht zuletzt aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat.

Morina: Und ich sage nicht, dass damals etwas versäumt wurde. Aber was man heute sehen muss, ist: Daraus erwuchs das Gefühl, nicht hinreichend mitgestalten, teilzuhaben zu können, weil ostdeutsche Vorstellungen von Demokratie kaum relevant waren. Solche Ideen bedient jetzt die AfD und das erklärt ein Stück weit die Extra-Zustimmung für die AfD im Osten. Es war also ein Fehler, die Vereinigung vor allem unter ökonomischen Aspekten zu betrachten und die politische Kultur weitgehend auszublenden.

SPIEGEL: Immer wieder halten auf Demonstrationen Menschen Schilder hoch, die besagen, wir lebten in keiner Demokratie mehr, sondern in einer Diktatur. Verstehen wir Sie richtig, dass das nicht nur Polemik ist, sondern der Abgleich mit Wunschvorstellungen, die nicht verwirklicht wurden?

Morina: Das ist so noch nicht gründlich untersucht worden. Bei den Wortführern ist das Kalkül: Sie brauchen die Rede von der Altparteiendiktatur, um eine völkisch-autoritäre Ordnung zu schaffen, darin zeigt sich die tiefe Verachtung des Demokratieprinzips des Grundgesetzes. Aber bei den vielen, die mitlaufen, weiß man nicht genau, welche Vorstellungen von Demokratie sie eigentlich haben, es wäre wichtig, dem genauer nachzugehen. Es gibt allerdings auch Gründe, warum das Völkische im Osten auf mehr Resonanz stößt.

SPIEGEL: Sie meinen den staatlich verordneten Antifaschismus, weswegen es in der DDR nie eine wirkliche Aufarbeitung der NS-Zeit gab?

Morina: Es gab eine Auseinandersetzung, aber die war selektiv und ideologisiert. Lehren ohne Lernen. Mit dem Wesen des Nationalsozialismus als gesellschaftliches Projekt hat man sich im Westen viel gründlicher befasst, als im Osten. Deshalb haben dort weniger Menschen ein Problem mit Vorstellungen von einer »Volksgemeinschaft« oder eines »solidarischen Patriotismus«. Warum das anstößig ist, ist viel weniger bewusst.





SPIEGEL-Gespräch mit Wirsching und Morina im Hauptstadtbüro: »Was kann gegen die Krise der repräsentativen Demokratie helfen?« Foto: Hannes Wiedemann / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung hat im vergangenen Herbst herausgearbeitet, dass der Wunsch nach direkter Demokratie, also regelmäßige Volksentscheide, offenbar auch im Westen viele Anhänger hat – vor allem im ländlichen Raum und bei Älteren.

Wirsching: Die repräsentative Demokratie ist schon seit den Siebzigerjahren unter Druck. Damals begann man, von »Politikverdrossenheit« zu sprechen – und damals hat sich ja mit den Grünen auch eine Partei neu gegründet, die stark basisdemokratische Positionen vertrat.

SPIEGEL: Was ist die Ursache für diese Entwicklung?

Wirsching: Das hat auch mit der zunehmenden Individualisierung zu tun. Traditionelle Institutionen wie Kirchen oder Vereine verloren an Bedeutung, auch die Bindungskraft von Parteien ließ nach. Man wächst nicht mehr in gewachsene Strukturen hinein, sondern jeder einzelne muss sich jetzt von Grund auf neu erfinden. Das verändert auch die Beziehung zur Umwelt: Man hält sich selbst tendenziell für bedeutsamer als früher. Daraus kann dann die Vorstellung entstehen, der politische Repräsentant müsse genau das tun, was man selbst sich vorstellt, sonst werde man betrogen. Das ist aber eine unzutreffende Vorstellung vom parlamentarischen System – ebenso übrigens wie die ständige Rückversicherung der Gewählten bei ihren Wählern während einer laufenden Legislaturperiode.

SPIEGEL: Die Zweifel an der repräsentativen Demokratie sind schon älter als der Individualismus, auch in der Weimarer Republik stand das parlamentarische System unter Dauerkritik.

Wirsching: Das stimmt, die abfälligen Äußerungen über angeblich abgehobene Politiker von damals sind fast identisch mit denen von heute. Wie in den Zwanzigerjahren verändern sich heute die ökonomischen, sozialen, politischen und sogar globalen Rahmenbedingungen rasant. Das führt zu

Statusunsicherheiten und Zukunftsängsten, gerade auch in der Mittelschicht. Damals wie heute ist die gesellschaftliche Mitte besonders anfällig für die rechtspopulistischen und rechtsextremen Versprechen. Die AfD ist kein Phänomen der gesellschaftlichen Ränder, so wenig wie die NSDAP das damals war.

»Ein gewisses Maß an struktureller Unzufriedenheit ist Grundvoraussetzung für das Funktionieren der Demokratie.«

Christina Morina

SPIEGEL: Was kann dagegen helfen?

Wirsching: Demonstrationen, wie es sie jetzt gab, reichen sicher nicht. Politiker müssen anders kommunizieren, vielleicht auch mehr und offener, anstatt Wahlkampfreden zu schwingen. Aber das sagt sich so leicht: Der gesamte politische Apparat steht unter extremem Zeitdruck, es fehlt oft die Zeit, besser zu kommunizieren. Und die Politik steht unter Komplexitätsdruck: Viele Abgeordnete haben das Gefühl, sie müssten über Gesetze entscheiden, die sie gar nicht in der Tiefe durchschauen können – niemand von uns könnte das. Doch dann kann man auch nicht gut erklären, was da entschieden wird.

Morina: Das ist die Natur der Demokratie. Man kann die Defizite betonen, man kann aber auch sagen, das macht die Demokratie aus: Sie ist schwierig, sie ist umständlich und wahnsinnig komplex. Ein gewisses Maß an struktureller Unzufriedenheit ist eigentlich eine Grundvoraussetzung für ihr Funktionieren, denn sie treibt letztlich zu Reformen an.

Wirsching: Es mag sein, dass das Probleme sind, die zur Demokratie dazugehören, aber die sollte man sich nicht schönreden – denn jene, die an der Demokratie zweifeln, schauen vor allem auf diese Probleme.

Morina: Man muss viel klarer darüber sprechen, wie die repräsentative Demokratie funktioniert und warum sie trotz allem die bislang beste Staatsform ist. Zudem gibt es partizipative Ansätze wie den Bürgerrat, wo ausgeloste Bürgerinnen und Bürger selbst erleben, wie viel Wissen und Verfahrensaufwand nötig ist, um gut zu entscheiden und zu regieren. Am Ende brauchen wir aber auch mehr rechtsstaatliche Konsequenz gegen Versuche, die demokratische Ordnung einschließlich ihrer kulturellen Grundlagen zu zerstören oder sie auch nur zu beeinträchtigen. Nicht nur, wenn sie diese offen abschaffen wollen, sondern auch, wenn sie die Demokratie beschädigen oder schleichend

beeinträchtigen. Dass Mitglieder eines als rechtsextrem eingestuften AfD-Landesverbands Richter oder Lehrerin sein oder in der Bundeswehr dienen können, ist unerträglich.

Wirsching: In der Bundesrepublik gab es zwischen 1972 und Mitte der Achtzigerjahre den »Radikalenerlass«, der sich damals vor allem gegen Mitglieder kommunistischer Gruppen richtete: Wer als möglicher Verfassungsfeind galt, durfte nicht Beamter werden.

SPIEGEL: Das war und ist aber umstritten, weil es im Rückblick zu viele traf und damit unnötig Biografien zerstörte. Gibt es historische Beispiele, dass so etwas tatsächlich die Demokratie schützen kann?

Morina: Die Niederlande in der Zwischenkriegszeit etwa: Dort wurde der Aufstieg einer nationalsozialistischen Partei auch dadurch gestoppt, dass man keine Mitglieder im Staatsdienst duldete.

Wirsching: Das ist das, was ich unter einer wehrhaften Haltung oder Kampf verstehen würde – aber wir können es auch rechtsstaatliche Konsequenz nennen. Auch ein Verbot der AfD sollte man unbedingt prüfen. Es war ein verheerender Fehler, dass das Verfassungsgericht 2017 die NPD nicht verboten hat mit dem Argument, sie sei zu klein, um bedeutsam zu sein.



Demonstration gegen »Radikalenerlass« in Stuttgart 1975: »Dass Mitglieder eines als rechtsextrem eingestuften AfD-Landesverbands Richter oder Lehrerin sein oder in der Bundeswehr dienen können, ist unerträglich« Foto: Rolf Haid / dpa

SPIEGEL: Die rechtsextreme Sozialistische Reichspartei (SRP) wurde 1952 verboten, nachdem sie in einigen Regionen recht erfolgreich geworden war.

Wirsching: Und 1956 verbot man auch die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), nachdem sie bundesweit 2,2 Prozent der Wählerstimmen bekommen hatte. Jetzt heißt es umgekehrt, die AfD sei zu groß, und man laufe Gefahr, sie damit in die Opferrolle zu bringen. Aber Opferrolle und

Extremismus gehören zusammen – die Nationalsozialisten und Hitler haben diese Erzählung bis zum Exzess bedient.

Morina: Außerdem sollte man sich von der AfD nicht die Migration zur Schicksalsfrage stilisieren lassen. Im Moment entsteht der Eindruck, dass sei das alles entscheidende Thema. Damit geht man den Populisten auf den Leim.

Wirsching: Ich finde auch etwas anderes wichtig: Man sollte nicht so tun, als könne man dieses Thema irgendwie »lösen«. Uns allen steht ein Lernprozess bevor: Das Thema Migration geht nicht mehr weg, das ist auch nicht wegzupolitisieren. Wenn man so will, ist das die Zeit, in die wir hineingestellt sind, die niemand so einfach beeinflussen kann. Man kann nur politisch damit umgehen und versuchen, Instrumente zu finden, die nicht zu Hass und Gewalt führen – etwa mehr legale Einwanderung.

»Man darf die Gefahr wirklich nicht unterschätzen.«

Andreas Wirsching

SPIEGEL: Wie kann die Politik noch reagieren?

Wirsching: Die Brandmauer gegenüber der AfD ist immens wichtig: Die CDU darf keine Koalitionen mit der AfD eingehen. Der Weimarer Parlamentarismus ist daran zugrunde gegangen, dass zuerst eine nationalliberale und dann eine konservative Partei versucht haben, eine anbietende völkische Politik durchzusetzen – das hat zu einer Erosion der Demokratie geführt, in deren Ruinen sich die NSDAP als gewählte Partei einnisten konnte.

Morina: Man kann sogar sagen, es kommt nicht nur auf die Antifaschisten an, sondern gerade auf moderate Konservative. Die Konservativen dürfen nicht dem Glauben verfallen, sie könnten die Extremisten irgendwie einhegen oder instrumentalisieren. Die Geschichte zeigt, dass es den Faschismus eindämmt, wenn konservative Parteien keinerlei taktische Allianzen, auch nicht auf der Ebene der Semantik, mit Rechtsextremisten eingehen.

Mehr zum Thema

5+ *Demokratie in Gefahr: Mehr Disziplin wagen*

Ein Debattenbeitrag von Hedwig Richter

5+ *Jurist über AfD-Umfragehoch: Wenn Verfassungsfeinde an die Macht kommen – wie wehrt sich die Demokratie*

dann? Ein Interview von Malte Göbel

S+ Diskussion über Parteiverbot: Was wir aus der Weimarer Republik für den Umgang mit der AfD lernen können Eine Analyse von Felix Bohr

SPIEGEL: Wenn die AfD im September in Thüringen, Sachsen und Brandenburg stärkste Partei werden sollte und SPD und Grüne nur wenig Stimmen bekommen, wie Umfragen derzeit prognostizieren – welche Optionen hat die CDU dann?

Morina: Die CDU sollte stattdessen über eine pragmatische Öffnung nach links nachdenken, vor allem im Osten. Jetzt, wo die Linke von Sahra Wagenknecht befreit ist, steht sie mit Personal da, das ich für glaubhaft und verantwortungsvoll halte, sodass sie für die Ost-CDU eine realistische Koalitionsoption sein könnte. Die Konservativen müssen jetzt mutig sein, auf sie sollten wir vor allem schauen. Sie können am meisten dafür tun, die AfD von jedwedem Regierungseinfluss fernzuhalten.

Wirsching: Man darf die Gefahr wirklich nicht unterschätzen. Manchmal gibt es die Tendenz, den Angriff auf die Demokratie, wie etwa bei den Reichsbürgern, als lächerlich abzutun. Aber dieser und auch die anderen Angriffe sind nicht lächerlich. Auch Hitler war 1923 ein Hanswurst, wie der »Vorwärts« damals schrieb. Ohne mögliche Parallelen jetzt überstrapazieren zu wollen: Wir wissen alle, was daraus geworden ist. **S**

[Feedback](#)

Mehr lesen über

[Demokratie](#)

[Weimarer Republik](#)

[Nationalsozialismus](#)

Kostenlose Online-Spiele

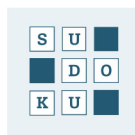
[mehr Spiele](#)



Kreuzworträtsel



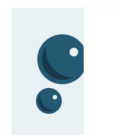
Solitär



Sudoku



Mahjong



Bubl Shoc

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

[Top Gutscheine](#)

[Alle Shops](#)